

Gesundheit oder Freiheit? Spannende Podiumsdiskussion an der FU Berlin!

Öffentliche Vortragsreihe an der FU Berlin am 27. Mai 2025 thematisiert Gesundheitsschutz und individuelle Freiheit während der COVID-19-Pandemie.



Thielallee 67, 14195 Berlin, Deutschland - Am 27. Mai 2025 um 18:00 Uhr c. t. findet an der Freien Universität Berlin die öffentliche Vortragsreihe „FU und ihre Nachbarn – Im Spiegel des Rechts“ statt. Die Veranstaltung wird im Hörsaal, Thielallee 67, Berlin-Dahlem ausgetragen und thematisiert die Spannungen zwischen Public-Health-Maßnahmen und individuellen Freiheiten, die während der COVID-19-Pandemie auftraten. Die Vortragsreihe zielt darauf ab, aktuelle rechtliche und gesellschaftliche Fragestellungen zu erörtern und den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik, Justiz, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu fördern. Eine Anmeldung zur Teilnahme ist erforderlich.

Zu den Referenten zählen Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Lothar H. Wieler, ehemaliger Präsident des Robert Koch-Instituts, der über praktische Herausforderungen der Pandemiebekämpfung sprechen wird, sowie Prof. Dr. Stefan Huster von der Ruhr-Universität Bochum, der die rechtlichen Grundlagen und Grenzen staatlicher Eingriffe im Gesundheitskontext beleuchten wird. Die Veranstaltung wird von Prof. Dr. Christian Calliess, Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Freien Universität Berlin, moderiert. Das Publikum ist eingeladen, Fragen zu stellen und sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen. Zum Ausklang der Veranstaltung wird ein Empfang stattfinden.

Herausforderungen während der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie stellte die Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. SARS-CoV-2 trat erstmals im Dezember 2019 auf, und die deutschen Behörden ergriffen schnell nichtpharmakologische Maßnahmen zur Kontaktdämpfung, um die Ausbreitung des Virus zu kontrollieren. Das Robert Koch-Institut (RKI) entwickelte eine umfassende Multikomponentenstrategie, die sowohl bevölkerungsbasierte als auch individuelle infektionshygienische Maßnahmen umfasste. Dazu gehörten unter anderem Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Bildungseinrichtungen und die Bereitstellung von Materialien für den Infektionsschutz **berichtet das RKI**.

Zusätzlich wurden individuelle Maßnahmen wie das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen und die Einhaltung eines Mindestabstands gefördert. Vor dem Hintergrund des Virus war es von entscheidender Bedeutung, das Vertrauen der Bevölkerung in diese Maßnahmen zu stärken. Es zeigt sich, dass die nichtpharmakologischen Strategien zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus wesentlich waren, insbesondere in der Phase, als es noch keine spezifischen therapeutischen Möglichkeiten oder Impfstoffe gab.

Gesundheit als Menschenrecht

Im Kontext dieser Herausforderungen rückt das Thema Gesundheit stärker in den Fokus gesellschaftlicher Debatten. **Das Menschenrecht auf Gesundheit** verpflichtet den Staat nicht nur zur Gewährleistung angemessener Gesundheitsversorgung, sondern auch zur Schaffung gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dieses Recht ist völkerrechtlich verankert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte.

Staatliche Unterlassungs-, Handlungspflichten sowie die Achtung der Menschenrechte sollten in der Pandemie besonders berücksichtigt werden. Es ist unerlässlich, dass während außergewöhnlicher Situationen wie einer Pandemie transformative und transparente Maßnahmen ergriffen werden, um das Recht auf Gesundheit zu schützen. Die Diskussion über die Angemessenheit von Maßnahmen wie Lockdowns ist dabei besonders relevant, da diese Maßnahmen oft in Konflikt mit individuellen Freiheitsrechten stehen. In Deutschland haben Gerichte weitgehend die Verfassungsmäßigkeit der COVID-19-Maßnahmen bejaht, auch wenn dies in der Öffentlichkeit auf Proteste stieß.

Die kommende Vortragsreihe an der Freien Universität Berlin wird somit nicht nur aktuelle rechtliche Fragestellungen behandeln, sondern auch einen Raum für den Austausch über die gesellschaftlichen Auswirkungen von Gesundheitsmaßnahmen und deren Vereinbarkeit mit den Grundrechten bieten.

Details	
Ort	Thielallee 67, 14195 Berlin, Deutschland
Quellen	• www.fu-berlin.de • pmc.ncbi.nlm.nih.gov • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de